



Liebe Leserinnen und Leser,



der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai und dessen Folgen haben die politische Landschaft in Deutschland verändert. Mit der Aufstellung zweier grundverschiedener Kandidaten der zwei großen politischen Lager hatte die Bundesversammlung am 30. Juni unter anderem die Wahl zwischen dem langjährigen Spitzenpolitiker Christian Wulff sowie dem ehemaligen Bürgerrechtler und ersten Beauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Joachim Gauck.

Zwar waren wir Freie Wähler in Berlin diesmal nicht das „Zünglein an der Waage“ wie im vergangenen Jahr, als Horst Köhler mit den zehn Stimmen unserer Wähler und einer denkbar knappen Mehrheit von nur einer Stimme in eine zweite Amtsperiode gewählt wurde. Dennoch haben wir es uns auch in diesem Jahr nicht nehmen lassen, beide Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten genau zu beobachten. Wir haben Joachim Gauck deshalb zu einem Meinungsaustausch in unsere Fraktion im Bayerischen Landtag eingeladen und stimmten in vielen politischen Fragen mit ihm überein. So versprach er glaubwürdig, sich als Bundespräsident druckvoll in die Debatte um die Schieflage der Kommunal Finanzen einbringen zu wollen; und auch die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das deutsche

Volk, wie sie von der Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und -bürger gefordert wird, erschien ihm „diskussionswürdig“.

Keine Frage: Joachim Gauck wäre ein „unbequemer“ Bundespräsident geworden. Unbequem für die schwarz-gelbe Parteibuchwirtschaft von Merkel und Seehofer, unbequem für die etablierte Parteienlandschaft, die Sachprobleme wie im Bereich der Gesundheitspolitik einfach weiter aussitzt – und sicher auch deswegen unbequem, weil Gauck an genau jene Kräfte appellierte, die uns Freie Wähler auszeichnen: Geerdete Menschen, die nicht nur auf kommunaler Ebene einen neuen Politikstil wagen, die bürgerschaftlich denken und die in ihrer Freizeit etwas zum Nutzen dieses Landes und seiner Bürger beitragen möchten.

Nach dem Besuch Gaucks trafen wir vier Tage vor der Bundesversammlung dessen Gegenkandidaten, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff. Auch Wulff bekannte ehrlich, mit den Freien Wählern kompetente und sachorientierte Gesprächspartner getroffen zu haben, welche sich in der Kommunalpolitik bundesweit einen Namen gemacht hätten und mit pragmatischen Poli-

tikansätzen aufwarteten. Allerdings stellten sich in unserem Informationsgespräch rasch auch politische Differenzen ein, etwa beim Einsatz der Grünen Gentechnik, die Wulff klar befürwortet und damit nach Ansicht der Freien Wähler eine zu undifferenzierte und unkritische Haltung einnimmt; immerhin hatte der jüngste handfeste Genmaisskandal seinen Ursprung in Wulffs Heimatland Niedersachsen. Abgesehen davon hatten wir von Anfang an Zweifel, ob es ihm aufgrund seiner politischen Herkunft überhaupt gelingen könnte, sich rasch aus dem schwarz-gelben Kielwasser „freizuschwimmen“. Das gab letztlich den Ausschlag, warum sich unsere zehn Wähler in der Bundesversammlung in allen drei Wahlgängen fast geschlossen für Joachim Gauck aussprachen.

Was nach der Wahl Wulffs zum Bundespräsidenten bleibt, ist die Erkenntnis, dass sich die politische Landschaft in Deutschland zugunsten unseres Politikverständnisses verschoben hat, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition unter Führung Angela Merkels nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt ist, dass immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Forderung der Freien Wähler nach mehr direkter Demokratie interessiert sind – und dass sie letztlich eine Politik mit gesundem Menschenverstand wünschen. Sie haben längst erkannt, dass der neue Bundespräsident viel Rückgrat benötigen wird, um sich überparteilich genügend Respekt zu erarbeiten. In diesem Sinne wünsche ich Christian Wulff eine glückliche Hand, um trotz schwieriger Ausgangslage die Erwartungen der Bevölkerung an einen starken Bürgerpräsidenten zu erfüllen.

Herr Wulff, herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die Zukunft.

Hubert Aiwanger
Ihr Hubert Aiwanger



Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Union
- Ratgeber
- 25-jähriges Jubiläum Forchheim
- Freie Wähler informieren sich über die Algenproblematik im Fränk. Seenland
- Die 14. Bundesversammlung – ein beeindruckendes Erlebnis.
- Aktivitäten des Arbeitskreises Verkehr des Landesverbandes
- Klausurtagung des Bildungswerkes in Postbauer-Heng
- Seminarkalender
- Ehrungen in Wiesthal/Krommenthal
- Festabend in Ostheim

Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Union

Für Projekte und Maßnahmen der Mitglieder gewährt die Europäische Union Finanzmittel aus ihrem Haushalt. Damit wird eine Vielzahl von Bereichen wie Bildung, Forschung, Gesundheit, Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz, Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe etc. unterstützt.

Der Haushalt wird jeweils jährlich in einem sechsjährigen Finanzrahmen festgelegt. Der EU-Haushalt für die Förderperiode 2007-2013 beträgt für das Jahr 2010 141,5 Mrd. €, der Entwurf für 2011 sieht 142,6 Mrd. € vor. Das sind rund 1% des EU-Bevölkerungsvermögens oder ungefähr 244 Euro pro EU-Bürger.

Die Aufteilung dieser Summe wird aus der unteren Graphik ersichtlich. Die Rubriken 1a/b fließen in die Förderung von Wettbewerb und Kohäsion. Damit soll das Wirtschaftswachstum belebt und die Beschäftigungslage verbessert werden. Hier werden besonders Mittel für Programme und Investitionen im Bereich der Forschung, Bildung und Ausbildung sowie Verkehr und Energie zur Verfügung gestellt.

Der zweite große Bereich ist die Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen der EU mit der Förderung der Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums.

Die EU engagiert sich aber nicht nur innerhalb ihrer Grenzen, sondern agiert auch global. Es werden Entwicklungsländer in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum mit langfristigen Hilfsprogrammen gefördert. Zusätzliche Unterstützung erhalten diese Länder aus dem Europäischen Entwicklungsfonds, der nicht Teil des EU-Haushalts ist. Im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) (2008-2013) sind dafür 22,7 Mrd. EUR vorgesehen. Diese umfassen allgemeine und sektorbezogene Haushaltszuschüsse an die AKP-Staaten und sind für Maßnahmen in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, demokratische Regierungsführung, Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums, Gesundheit und Bildungswesen bestimmt.

Die Mittel der Rubrik 5 decken die Personal- und Gebäudekosten sämtlicher EU-Organe und -Einrichtungen (u. a. Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union, Europäische Kommission, Europäischer Gerichtshof und Europäischer Rechnungshof).

Beim Eintritt von Rumänien und Bulgarien wurden vertraglich Ausgleichszahlungen vereinbart.

Der Jahreshaushalt wird vom Europäischen Parlament und vom Rat genehmigt. Die meisten Tätigkeiten können außerdem nur auf gesetzlicher Grundlage durchgeführt werden. Die Maßnahmen bedürfen einer Genehmigung bzw. Rechtsgrundlage, die von der Kommission vorgeschlagen und von der Legislativbe-

hörde, d.h. vom Rat – oftmals gemeinsam mit dem Europäischen Parlament –, verabschiedet werden.

Zielsetzung der Förderung der Europäischen Union

Zielsetzung der EU-Politik ist es in der ganzen Gemeinschaft

- eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens,
- ein hohes Maß an Beschäftigung und sozialem Schutz,
- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- einen hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen
- in Einklang mit nichtinflationärem, beständigem Wachstum,
- eine bewusste Umweltschutzpolitik zur Verbesserung der Umweltqualität,
- die Hebung des Lebensstandards und der Lebensqualität sowie
- den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen werden Förderprogramme der EU für die unterschiedlichen Regionen eingerichtet. Als Regionen definiert die Europäische Union die Territorien der 27 Staaten, in denen die Bevölkerung ethnische, sprachliche oder kulturelle Gemeinsamkeiten hat und sich dadurch von anderen Gebieten unterscheidet. Jede vierte Region der EU hat ein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, welches unter 75% des Durchschnitts der EU-Mitgliedsstaaten liegt. Es sind 84 Regionen und 154 Mio. Menschen betroffen. Diese Re-

gionen sollen gezielt gefördert werden, um sie an den EU-Durchschnitt anzunähern.

Auch die „anderen“ Regionen erfahren Förderung durch die EU, um so ihre Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität zu fördern. Auch die Steigerung der Beschäftigung in den Regionen ist ein Ziel. Um dies zu erreichen, gibt es Entwicklungsprogramme, die die Regionen auf Veränderungen vorbereiten und bei der Umsetzung dieser unterstützen. Hinzu kommen Investitionen zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen.

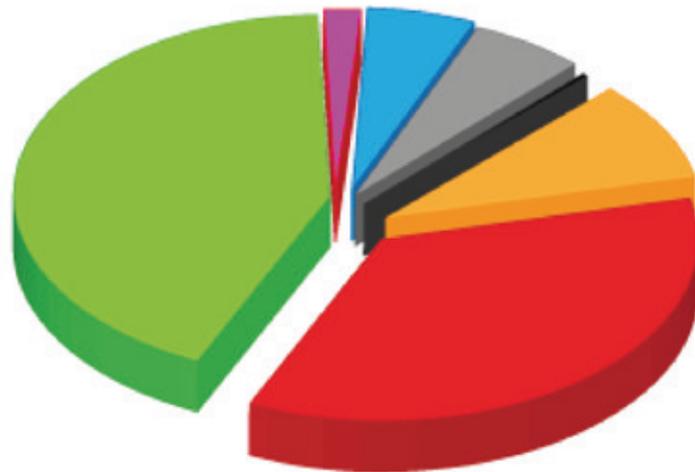
Im Rahmen der europäischen und territorialen Zusammenarbeit wird die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Arbeit der Regionen gefördert.

Bei der Entscheidung über die Mittelvergabe wirken die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen. Die Mitgliedstaaten schlagen regionale, transnationale oder interregionale Entwicklungsprogramme vor. Diese werden im Anschluss von der Kommission geprüft, verhandelt und beschlossen. Solche Programme sind während der Diskussionsphase im Grünbuch zu finden. Nach einem Beschluss werden sie im Weißbuch veröffentlicht.

Sowohl bei der Erstellung als auch bei der Umsetzung der Förderprogramme sind die Mitgliedsländer maßgeblich beteiligt und ein großer Teil der Fördermittel wird länderspezifisch vor Ort beschlossen und vergeben.

Dagmar Kiener

Quellen: <http://ec.europa.eu> und ISBN 978-92-79-14442-4 © Europäische Union, 2010



- 1a. Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung : 9 %
- 1b. Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung : 35,6 %
- 2. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen : 42,5 %
- 3 a. Freiheit, Sicherheit und Recht : 0,8 %
- 3 b. Unionsbürgerschaft : 0,5 %
- 4. Die Europäische Union als globaler Akteur : 5,7 %
- 5. Verwaltung insgesamt : 5,8 %
- 6. Ausgleichszahlungen BR/RO : 0,1 %

RATGEBER: Gefahren im Internet - Abmahnung und Unterlassungserklärung Wichtige Informationen für Nutzer und Webmaster

Wer hat es noch nicht erhalten: Ein Abmahnschreiben in Verbindung mit einer Unterlassungserklärung, weil man selbst oder vielleicht das Kind im Internet Musiktitel getauscht oder Bilder auf einer Homepage verwendet hat. Meist ist mit einem solchen Schreiben auch eine Kostenforderung verbunden. Wie reagiere ich auf eine solche Abmahnung aber richtig?

Abmahnungen werden (vorwiegend) im Internet dazu verwendet, gegen tatsächliche oder vermutliche Rechtsverstöße vorzugehen. Deswegen sollte jeder, der im Internet privat oder geschäftlich auftritt, Grundzüge über das Verhalten nach einer Abmahnung kennen. Dies vor allem deshalb, weil die ursprünglich im Wettbewerbsrecht angedachte Abmahnung nun auch dazu missbraucht wird, in regelrechten Abmahnwellen an den normalen Verbraucher heranzutreten und ihn zur Kasse zu bitten.

Allen Abmahnungen, auch wenn es viele Ausgestaltungen davon gibt, ist gemeinsam, dass sie ein bestimmtes (Fehl-)Verhalten rügen. Es wird darauf hingewiesen, dass dies nicht toleriert wird und bei fortgesetztem Fehlverhalten Konsequenzen drohen. Eine solche Abmahnung muss allerdings nicht unbedingt förmlich zugestellt werden, d. h. der Abmahnende muss nicht beweisen können, dass der Abgemahnte das Schreiben auch wirklich erhalten hat. Ein einfacher Brief genügt deshalb vollkommen, selbst wenn man behauptet, diesen nie erhalten zu haben.

Wie erhalten aber die Abmahner meine Adresse? Früher war dies nur im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens möglich, da die Staatsanwaltschaft nach einer entsprechenden Anzeige die Anschrift ermittelte und der Abmahnende diese über eine Akteneinsicht erhielt. Nunmehr ist dies wesentlich einfacher, da die Provider (Telekom, 1&1, o. ä.) berechtigt sind, diese Adressen direkt herauszugeben.

Habe ich nun eine Abmahnung erhalten, muss ich auch darauf reagieren. Nichts zu tun, kann und wird in der Regel der falsche Weg sein.

Mit der Abmahnung werden grundsätzlich zwei Ansprüche an mich gestellt. Zum Einen geht es um die Abgabe einer Unterlassungserklärung und zum Anderen werde ich zur Tragung der entstandenen Anwaltskosten aufgefordert. Gegebenenfalls kommen dazu noch weitere Schadenersatzansprüche.

Ist dem Anschreiben eine bereits vorformulierte Unterlassungserklärung beigelegt, so sollte diese aber niemals ungeprüft verwendet, unterschrieben und zurückgeschickt werden. In der Regel ist diese nämlich so formuliert, dass darin mehrere Fallstricke eingearbeitet sind. Deshalb ist zumindest darauf zu achten,

dass die Unterlassungserklärung nur nach einer entsprechenden Umformulierung abgegeben wird, die am Besten nach einer entsprechenden Prüfung durch einen Rechtsanwalt vorgenommen wird.

Aber: Leider handelt es sich bei der Abmahnung um einen Sachverhalt, der bedingungsgemäß nicht unter eine bestehende Rechtsschutzversicherung fällt. Deshalb sollten die weiter entstehenden Kosten vorher genau besprochen werden.

Die Erklärung enthält oft neben einem Schuldeingeständnis noch eine betragsmäßig festgelegte Vertragsstrafe, einen so genannten „Ausschluss des Fortsetzungszusammenhangs“ und die Verpflichtung die Anwaltskosten zu tragen.

Es ist deshalb sorgfältig darauf zu achten, dass die Erklärung so modifiziert wird, dass das Schuldanerkennnis ausgeschlossen wird.

Außerdem sollte die Vertragsstrafe niemals betragsmäßig festgelegt, sondern immer in das Ermessen eines Gerichts gestellt werden, was durch eine entsprechende Umformulierung erreicht wird.

Der Ausschluss des Fortsetzungszusammenhangs muss bei der Umformulierung vollständig gestrichen werden, da sonst eventuell mehrere Verstöße, die zeitlich zusammenhängen und normalerweise als ein Verstoß zu werten sind, als jeweils einzelne Verstöße angesehen werden und so jedes Mal eine Vertragsstrafe zu zahlen wäre.

Abschließend ist auch darauf zu achten, dass keine Anwaltskosten übernommen werden, da sich diese nach einem so genannten Gegenstandswert bestimmen, der vielfach zu hoch vorgegeben wird, so dass auch die berechneten Gebühren zu hoch sind.

Fazit: Sollten Sie eine Abmahnung erhalten haben, besteht (noch) kein Grund zur Panik. Sie sollten aber die Abmahnung prüfen lassen, um dann das weitere Vorgehen zu entscheiden. Sollten Sie das Abmahnschreiben völlig ignorieren, droht Ihnen ein gerichtliches Verfahren, welches in der Regel mit relativ hohen Kosten verbunden ist, so dass dies der schlechteste Weg wäre.

*Michael Linke, Rechtsanwalt
(Bundesrepublik Deutschland), Marktrodach*

25-jähriges Jubiläum

Zur 25-Jahrfeier der FW Forchheim waren auf Einladung des Vorsitzenden Manfred Hümmer viele Gäste in das Pfarrheim der Kirche zur Verklärung Christi gekommen. Neben Landtagsvizepräsidenten Peter Meyer und MdL Thorsten Glauber gehörten auch Oberbürgermeister Franz Stumpf, Bezirksvorsitzender Klaus Förster sowie Kreisvorsitzender Peter Dorscht den Gästen an. Als große Anerkennung empfanden es Wilhelm Ziegelmayer (Gründungsmitglied seit 25 Jahren), Anna Hutzler und Hans-Werner Bruch

(Mitglieder seit 21 Jahren), dass sie aus der Hand des Bundes- und Landesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Hubert Aiwanger, die Ehrennadel in Silber überreicht bekamen. Gelungen war natürlich die Überraschung, dass Manfred Hümmer selbst für seinen überragenden Einsatz für die FREIEN WÄHLER wohlverdient mit der Ehrennadel in Gold ausgezeichnet wurde. Ein buntes und unterhaltsames Programm mit verschiedenen Entertainern rundete die gelungene Veranstaltung ab.



Freie Wähler informieren sich über die Algenproblematik im Fränkischen Seenland

Ende Juni trafen sich die FW-Landtagsabgeordneten Ulrike Müller, Dr. Hans-Jürgen Fahn und Dr. Peter Bauer in Herrieden mit örtlichen Vertretern, um sich über die aktuelle Situation der Algenausbreitung am Altmühlsee zu informieren. Landtagsabgeordneter Dr. Peter Bauer, (Sachsen bei Ansbach) konnte dabei die Bürgermeister der Gemeinden Herrieden und Ornbau, Heinz Baum und Alfons Brandl, sowie die Bezirksrätin Gabi Schmidt und den dritten Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen Thomas Engelhardt mit dem FW-Stadtrat Erich Söllner, außerdem die Vorstandsmitglieder des FW-Ortsverbandes Gunzenhausen Klaus Heger und Eduard Stern sowie den stv. Kreisobmann Karl Eisen vom bayerischen Bauernverband begrüßen. Sachlich und intensiv wurden die Ergebnisse der 2. Seenlandkonferenz und deren praktische Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert.

Die Teilnehmer an der Gesprächsrunde waren sich darüber einig, dass zur Bekämpfung der Algenausbreitung in den Seen eine Verringerung des Phosphatgehalts des Wassers von 0,2 auf 0,1 mg/ltr. unbedingt erforderlich sei. Zur Zeit setze sich der Phosphateintrag in das Wasser zu 47 % aus den anliegenden Kläranlagen und zu 53 % aus der Fläche zusammen, wobei hier die Einleitungen aus der Landwirtschaft und auch die Einleitungen aus öffentlichen Flächen, z. B. Straßen, zu berücksichtigen sind.

Es wurden bei der Besprechung viele Verbesserungsvorschläge erarbeitet:

Alle anliegenden Kläranlagen müssten zunächst speziell auf Verminderung der Phosphateinleitung überprüft werden. Die dafür erforderliche Finanzierung sollte über den neuen Seenlandfonds erfolgen, an dem sich alle Anrainer anteilig beteiligen und sich auch der Freistaat ausreichend finanziell engagieren muss. Die Untersuchung der Wasserqualität darf sich außerdem nicht nur auf den Altmühlsee beschränken, sondern muss auch auf den Brombach- und Igelsbachsee ausgedehnt werden, da hier auch die ersten Algenmeldungen bekannt wurden. Ein weiterer Vorschlag beinhaltet die Erweiterung der Düngeberatung der Landwirte um vier zusätzliche Stellen. Ferner seien die Mittel aus dem KULP der EU nicht ausreichend und müssten durch zusätzliche Förderprogramme des Freistaats erweitert werden. Ausgleichszahlungen für dringend notwendige landwirtschaftliche Maßnahmen sollten im gesamten Einzugsbereich der Altmühl auf ein Niveau gebracht werden, welche für Landwirte einen Anreiz darstellen, auf freiwilliger Basis ihren Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Wasserqualität zu leisten. Nötig sei auch die Ausdehnung der professionellen Abfischung der Weißfische um einen Fanggang. Um die Schwerpunkte der Wasserbelastung zu fixieren sei einheitliches Kartenmaterial erforderlich, das die interdisziplinären Erkenntnisse zusammenfasst. Neben den geplanten mittelfristigen Maßnahmen sind



letztendlich unbedingt kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen für die aktuell Betroffenen im Bereich Fremdenverkehr und Touristik erforderlich.

Im Anschluss an das Gespräch besuchten die Teilnehmer unter der Führung von Erich Söllner und Klaus Heger den Altmühlsee in Schlungenhof, um sich selbst ein Bild von der aktuellen Situation zu machen. Heger erläuterte, dass diese Besichtigung nach den aktuellsten Informationen des Zweckverbandes Altmühlsee am ersten algensfreien Tag am Altmühlsee erfolge und die Schwerpunkte der Blaualgenbelastung bisher in Schlungenhof und Muhr am See gelegen hätten. Er bedauerte dabei auch die nicht immer objektive Berichterstattung in den örtlichen und überregionalen Medien.

Fazit: Die FREIEN WÄHLER planen weitere Initiativen im Landtag und sie würden sich auch weiterhin nicht mit der Ablehnung Ihrer Anträge durch die Regierungskoalition zufrieden geben. Denn im Interesse des Tourismus und der Lebensqualität im Fränkischen Seenland bestünde weiterhin dringender Handlungsbedarf, so MdL Dr. Bauer.



Informationen der Redaktion:

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: bkb-bayern@t-online.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum 20. September 2010, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Die 14. Bundesversammlung – ein beeindruckendes Erlebnis.

Der plötzliche Rücktritt von Bundespräsidenten Horst Köhler am 31. Mai stellte die Bundesrepublik relativ kurzfristig vor eine Neuwahl zum höchsten Staatsamt. Die Freien Wähler hatten zehn Wahlleute in die 14. Bundesversammlung zu entsenden. Neben sieben Landtagsabgeordneten wurden auch der langjährige Landesschatzmeister Edgar Klüpfel, Manuela von Podewils und ich durch die FW-Landtagsfraktion benannt und durch den Bayerischen Landtag bestätigt. Kaum benannt, waren schon erste Anfragen der Medien da, wem man seine Stimme geben würde. Nachdem der Landesvorsitzende Hubert Aiwanger angekündigt hatte, dass man mit den beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Niedersachsens Ministerpräsidenten Christian Wulff, und Joachim Gauck, noch ein persönliches Gespräch führen werde, lag es nahe, sich vorher nicht öffentlich zu erklären.

Außerordentlich interessant war der Vortrag von Joachim Gauck im Plenum des Landtages und die anschließende nichtöffentliche Aussprache im Fraktionsraum der Freien Wähler. Nicht weniger hilfreich war wenige Tage später in Nürnberg das ausführliche Gespräch mit Christian Wulff. Natürlich wurde bei einer in der politischen Verantwortung stehenden Persönlichkeit bei aktuellen Fragen der Tagespolitik schon detailliert die persönliche Grundhaltung erörtert. Schwierig gestaltete sich bei mir die Meinungsbildung dennoch, da sich beide Bewerber als durchaus präsiabel zeigten. Am Tag vor der Bundesversammlung ging es dann nach Berlin. Zeit genug, um auf der Anfahrt mit Landtagsvizepräsidenten Peter Meyer, der als Ersatzwahlmann dabei war, nochmals die Gespräche zu analysieren und unsere persönlichen Meinungen auszutauschen.

Im Hotel „Park Inn“ am Alexanderplatz in Berlin erfolgte dann die herzliche Begrüßung durch die anderen Wahlfrauen und -männer und anschließend gab es ein erstes Treffen in einem Fraktionszimmer im Reichstagsgebäude. Nach einem Gedankenaustausch und einer Führung trafen wir uns alle im „Tucher am Tor“ unmittelbar hinter dem Brandenburger Tor zum Abendessen mit Freien Wählern aus Berlin.

Noch ahnte niemand, dass der nächste Tag sehr spannend werden könnte. Hubert Aiwanger hatte in mehreren Statements verlauten lassen, dass er für Gauck stimmen würde und nach seiner Einschätzung auch die Mehrheit der FW-Wahlleute. Er machte aber auch mehrfach deutlich – was ich sehr gut fand – dass die Freien Wähler bei ihrer Entscheidung völlig frei seien. Die allgemeine Meinung ging dahin, dass die Koalition mit ihrer satten Mehrheit die Wahl im ersten Wahlgang entscheiden würde. Am 30. Juni 2010 war es dann so weit. Nach einer nochmaligen Fraktionssitzung hieß es im Plenarsaal Platz nehmen. Unsere Wahlleute waren zwischen „Rot/Grün“ und „Schwarz“

platziert. Fast kam ich mir zwischen den insgesamt 1244 Wahlleuten mit den neun anderen FW'ern etwas verloren vor, aber ohne Selbstbewusstsein geht gar nichts. Der namentliche Aufruf, der Gang in die Wahlräume hinter dem Bundesadler, die Vorlage des Stimmausweises und Übernahme der Stimmkarte mit Kuvert – die Abgabe der Stimme in einer Wahlkabine und nach Abgabe des Stimmausweises der Einwurf des Kuverts in eine durchsichtige Wahlurne im Plenarsaal waren reine Formsache. Aber nach der Auszählung folgte „der große Kracher“: 499 Stimmen für

Gauck, 600 Stimmen für Wulff, 126 Stimmen für Lukrezia Jochimsen und 3 Stimmen für Frank Rennicke. Ungläubiges Kopfschütteln und Raunen nach Bekanntgabe dieses Ergebnisses durch Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. Keine absolute Mehrheit – nächster Wahlgang. Die Fraktionen verließen den Plenarsaal zu Gesprächen um nochmals alle Wahlleute einzuschwören. In den Gängen vor dem Saal entstand sofort bei den vielen anwesenden Fernseh- und Rundfunkstationen enorme Hektik. Nur mit Mühe konnte man sich den Kameras und Mikrofonen entziehen, die den Wahlleuten entgegen ragten. Einige der „Politprofis“ nutzten das natürlich zielgerecht aus, um sich und die Haltung ihrer Partei ins rechte Licht zu rücken. Interessant war dabei meine Beobachtung wie manche „Großkopfer“ in den Medien „hochstilisiert“ werden. Die Kameras zeigen nämlich nicht die Hart-schaumblöcke, auf denen sie stehen, um sich mit den weiteren Diskussionsteilnehmern auf einer Ebene zu darzustellen.

Nach dem zweiten, ebenso wenig erfolgreichen Wahlgang mit gleichem Procedere wurde es schon ziemlich warm im Plenarsaal. Selbst das Wasser in den aufgestellten Trinkbehältern war zwischenzeitlich lau geworden, so dass ich nur noch in der von Insidern dicht belagerten Kantine des Reichstages ein kühles Getränk ergattern konnte. Etwas Erfrischung war nur auf den Balkonen außerhalb des Abgeordnetenraucherzimmers zu finden. Natürlich war es für mich sehr interessant, während der Wahlgänge und Auszählungen mit verschiedenen Persönlichkeiten Gespräche zu führen. Ob mit den Herren Wulff, Gauck, Ministerpräsident Stanislaw Tillich oder auch verschiedenen bayerischen Abgeordneten – es war beeindruckend und für mich wohl einmalig, so viele Größen aus Politik, Wirtschaft und Kunst dicht beieinander zu sehen und zu erleben. Nachdem auch im zweiten Wahlgang keine absolute Mehrheit für einen Kandidaten zu Stande kam, wurde die Betriebsamkeit der Medien noch hektischer. Innerhalb des Plenar-



saales fanden sich wenige Wahlleute in kleinen Grüppchen, die lebhaft diskutierten, während an anderer Stelle erneut die Fraktionen auf ihre Wahlleute einwirkten. Aufmerksame Beobachter auf den Tribünen waren neben den Vertretern der Botschaften und der Medien auch Roman Herzog, Hans-Dietrich Genscher, Rudolf Seiters, die Familienmitglieder von Christian Wulff sowie von Joachim Gauck. Erst im dritten Wahlgang, bei dem sich die „Linke“, nachdem ihre Kandidatin nicht mehr antrat, weitestgehend enthielt, erreichte Christian Wulff die absolute Mehrheit mit 625 Stimmen und wurde damit zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Danach ertönten minutenlang stehende Ovationen von „Rot/Grün“ für Joachim Gauck – die schwarzgelbe Koalition blieb sitzen. Anschließend gleicher Beifall der Koalition für Christian Wulff – „Rot/Grün“ blieb sitzen. Vielleicht bin ich mit meiner Meinung allein, dennoch fand ich dieses Verhalten der Bedeutung des Amtes eines Bundespräsidenten als nicht sonderlich angemessen. Beide Kandidaten waren fair miteinander umgegangen, hatten viele Stimmen erzielt und beide wären durchaus geeignete Präsidenten. Leider zeigten auch hier die linientreuen Anhänger keine Scheu, Parteienproporz und Macht zu demonstrieren, anstatt Achtung und Respekt vor dem hohen Amt und den Menschen zu zeigen, die sich dafür zur Verfügung stellten.

Abschließend sei bemerkt, dass sich der neu gewählte Bundespräsident bei allen Wahlleuten der Parteien unter Namensnennung bedankte, aber schon bei diesen ersten Worten vergaß, dass auch die Freien Wähler aus Bayern dabei waren. Im Rückblick auf das Vorgespräch in Nürnberg, wo er viel über Freie Wähler wusste und uns seinen Worten zufolge sehr schätzte, fragte ich mich in diesem Moment, ob so ein guter Start des neuen Bundespräsidenten für alle Bürgerinnen und Bürger aussieht.

Klaus Förster

Aktivitäten des Arbeitskreises Verkehr des Landesverbandes

Bereits zwei wichtige Treffen in diesem Jahr

Der Arbeitskreis Verkehr des FW-Landesverbandes kam zu seinem ersten Treffen im April in Mirskofen bei Landshut zusammen. Hier wurden unterschiedliche, politisch relevante Themen behandelt. Hauptpunkte waren u. a. das Zuständigkeitschaos bei der Bahn und der notwendige Ausbau der Infrastruktur. Großen Handlungsbedarf sah der AK im Bereich des Güternah- und -fernverkehrs. Auch die teilweise Notwendigkeit des Ausbaus von Bundesstraßen auf vier Fahrstreifen und der Autobahnbau Ostbayern (A 94 zum Chemiedreieck) wurden thematisiert; zudem der Donauausbau und das Thema Hochwasserschutz.

Bei der weiteren Besprechung im Juni begrüßte Arbeitskreissprecher Hans-Peter Marx aus Zwiesel die Teilnehmer in den Räumen der Fraktion im Maximilianeum München. Er informierte über die Veranstaltung der FW-Landtagsfraktion zum Thema „Ausbau des Flughafens München“ im Landtag und die Veranstaltung der FW Hengersberg mit der Überschrift „Donaresolution.“ Zum Donauausbau erfolgte eine vertiefende Information von Peter Huber aus Schwindegg, mit der Schilderung der einzelnen Varianten. Günther Riepl (Regensburg) informierte über die generellen Wasserstraßenverbindungen in

Europa. Nachdem zum Thema Donauausbau weiterer Informationsbedarf festgestellt wurde, kam der AK überein, das nächste Treffen in Deggendorf anzusetzen und sich vor Ort mit

der Problematik zu beschäftigen. Das Thema Straßenausbau, Staatsstraßen bis Autobahnen, wird ein Schwerpunkt der kurz- und mittelfristigen Arbeit sein.



Von links: Matthias Demmel (Weilheim), Sigmund Schestak (Nürnberg), Herbert Uhl (Baldham / Vaterstetten), Otmar Parsche (Erdweg), Günther Riepl (Regensburg), Peter Huber (Schwindegg / LK Mühldorf), Hans-Peter Marx. (Zwiesel)

Klausurtagung in Postbauer-Heng

Treffen der Aktiven des Bildungswerkes für Kommunalpolitik in der Oberpfalz

Im oberpfälzischen Postbauer-Heng fand die diesjährige Klausurtagung des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern e.V. statt. BKB-Vorsitzender Klaus Förster und Bildungsleiter Michael Schmitz hatten zu diesem Treffen eingeladen, bei der wichtige organisatorische Neuerungen ausführlich besprochen und beschlossen wurden. So stand der Samstag im Zeichen der Koordination zwischen den regionalen Bildungsbeauftragten und der Geschäftsstelle in Thurnau. Des Weiteren wurde beschlossen, den Internetauftritt des BKB mit einem automatisierten Seminarbuchungsverfahren weiter aufzuwerten.

Eine Zusammenkunft von Bildungsleitung, Bildungsbeauftragten und Referenten rundete das gelungene Treffen am Sonntag ab. Vorschläge von Seiten aller Beteiligten fließen bereits in die aktuelle Arbeit des BKB ein. Neuigkeiten aus der Arbeit des BKB und das stets aktualisierte Bildungsangebot finden Sie auf unserer Homepage unter www.bkb-bayern.de.



Seminarangebote des Bildungswerkes im zweiten Halbjahr 2010

September 2010

Fr., 10.9.	Lorentzen, Umstellung auf kaufmännische Buchführung – Probleme und Lösungsansätze	Mittelfranken
Fr., 17.9.	M. Schmitz, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Unterfranken
Fr., 17.9.	Ferlesch, Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit - Teamarbeit	Schwaben
Sa., 18.9.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Mittelfranken
Sa., 18.9.	Portele, Entscheidungen treffen – schlagfertig in jeder Situation	Niederbayern
Fr., 24.9.	Kleiber, Das Haushaltsjahr - mehr als nur vier Jahreszeiten	Oberpfalz
Fr., 24.9.	Wamser, Rechte und Pflichten im Gemeinderat	Schwaben
Fr., 24.9.	Portele, Rhetorik Teil I	Oberfranken
Sa., 25.9.	Dehler, NLP – Was ist das? Reinschnuppern, Ausprobieren, Anschauen	Oberpfalz
Sa., 25.9.	M. Schmitz, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Niederbayern
Mo., 27.9.	Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune	Mittelfranken

Oktober 2010

Fr., 1.10.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Niederbayern
Fr., 1.10.	Stock, Reduzierung des Schilderwaldes – ein Vorteil für alle Generationen	Schwaben
Fr., 8.10.	Ferlesch, Öffentlichkeitsarbeit und Selbstmarketing	Oberpfalz
Fr., 8.10.	Wamser, Grundlagen des kommunalen Haushaltsrechts	Unterfranken
Fr., 8.10.	Kleiber, Das Haushaltsjahr - mehr als nur vier Jahreszeiten?!	Schwaben
Sa., 9.10.	Gebert, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Oberpfalz
Sa., 9.10.	Portele, Rhetorik Teil II	Oberfranken
Fr., 15.10.	Kiener, EU-Fördermittel, so profitiert auch Ihre Kommune	Oberpfalz
Sa., 16.10.	Flieser, Authentisch sein – die Persönlichkeit zählt	Oberpfalz
Sa., 16.10.	A. Schmitz, Kommunikationstraining - Schlagfertigkeit in jeder Situation	Mittelfranken
Sa., 16.10.	Biedefeld, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Oberbayern
Sa., 16.10.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen – Gekonnte Kommunikation Teil 1	Oberfranken
Fr., 22.10.	Portele, Stärken und Schwächen der Eigenpräsentation	Mittelfranken
Fr., 22.10.	Ziegler, Kommunale und verbandliche Jugendarbeit	Schwaben
Sa., 23.10.	Portele, Rhetorik Teil II	Niederbayern
Sa., 23.10.	Ferlesch, Rhetorik	Schwaben
Fr., 29.10.	Wamser, Grundlagen des kommunalen Haushaltsrechts	Oberpfalz
Fr., 29.10.	Kleiber, Das Haushaltsjahr - mehr als nur vier Jahreszeiten?!	Unterfranken
Fr., 29.10.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?!	Oberbayern
Fr., 29.10.	Grill, Satzungs- und Beitragsrecht	Schwaben
Sa., 30.10.	Portele, Argumentieren und Verhandeln – sich in Sitzungen erfolgreich präsentieren	Mittelfranken
Sa., 30.10.	M. Schmitz, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Niederbayern
Sa., 30.10.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Oberbayern

November 2010

Fr., 5.11.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Oberpfalz
Fr., 5.11.	Ferlesch, Stressbewältigung	Mittelfranken
Sa., 6.11.	Wagner, Bauleitplanung, Flächennutzungsplan - Bebauungsplan	Oberpfalz
Sa., 6.11.	Ferlesch, Öffentlichkeitsarbeit und Selbstmarketing	Niederbayern
Sa., 6.11.	Gebert, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Oberfranken
Fr., 12.11.	Grill, Nachhaltiges Wirtschaften durch eine solide lokale Finanz- und Haushaltspolitik	Oberpfalz
Fr., 12.11.	Kiener, EU-Fördermittel, so profitiert auch Ihre Kommune	Oberbayern
Fr., 12.11.	Wagner, Die neue Bayerische Bauordnung aus Sicht der Praxis	Schwaben
Sa., 13.11.	Portele, Rhetorik, das A und O der Kommunikation	Oberbayern
Fr., 19.11.	Portele, Argumentieren und Verhandeln – sich in Sitzungen erfolgreich präsentieren	Unterfranken
Sa., 20.11.	Portele, Selbstmotivation – Aufgaben erledigen – Ziele erreichen	Oberpfalz
Sa., 20.11.	Wamser, Grundlagen des kommunalen Haushaltsrechts	Niederbayern
Fr., 26.11.	Kleiber, Workshop für fortgeschrittene und erfahrene Kommunalpolitiker	Oberpfalz
Fr., 26.11.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Oberbayern
Sa., 27.11.	Gebert, Kommunen im Internet – Gestaltung und Pflege eines Internetauftrittes mit dem CMS TYPO3	Mittelfranken
Sa., 27.11.	Ziegler, Die familienfreundliche Kommune – Jugendarbeit in der Kommune	Niederbayern
Sa., 27.11.	A. Schmitz, Körpersprache	Oberbayern

Dezember 2010

Fr., 3.12.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Oberpfalz
Fr., 3.12.	Kolenda, Aufstellung eines Haushaltsplanes	Unterfranken
Sa., 4.12.	Flieser, Führen von Menschen - situativ und angemessen	Mittelfranken
Sa., 4.12.	Shaw, Zusammenarbeit mit den Medien – wie kann es funktionieren?	Oberfranken



Felbinger ehrt langjährige FW-Mitglieder in Wiesthal/Krommenthal



Zum 20-jährigen Jubiläum des Freie Wähler-Ortsverbandes Wiesthal-Krommenthal gratulierte FW-Bezirksvorsitzender, MdL Günther Felbinger dem Verein mit seinem Vorsitzenden Stefan Kunkel an der Spitze. Er nahm eine Reihe von Ehrungen langjähriger Mitglieder vor.

Die Ausgezeichneten gründeten 1990 auf Betreiben des damaligen Landesvorsitzenden Armin Grein den Verein und zeichneten dessen Erfolgsgeschichte bis in die Gegenwart mit. Die silberne Ehrennadel des FW-Landesverbandes erhielten der Gründungsvorsitzende der Ortsgruppe, Ruthard Pferr und der langjährige Kassier, Heinz Zierof. Kunkel erinnerte in seinem Rückblick, dass die Freien Wähler seit 2001 mit Andreas Zuschlag den Bürgermeister und fünf Gemeinderäte aus ihren Reihen stellen.

Festabend in Ostheim

Zum 20-jährigen Jubiläum der Freien Wählergemeinschaft Ostheim hatte die Ortsvorsitzende Anne-Marie Drescher eingeladen. In ihrem Rückblick ging sie auf den erfolgreichen Werdegang des Vereins, aus dessen Reihen nun auch der 1. Bürgermeister kommt, detailliert ein.

Bezirksvorsitzender MdL Günther Felbinger überbrachte die Glückwünsche des Bezirksverbandes Unterfranken und lobte in seinem Grußwort die positive Entwicklung der Freien Wählergemeinschaft.

Kreisvorsitzender Rudi Gläsner (Mellrichstadt) gab einen Überblick über die erfreuliche Entwicklung des Kreisverbandes. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Partnerschaft mit Wasungen überreichte dessen Ortsvorsitzender Roland Artus (rechts) eine Platane.

